

# Leipziger Volksbote.

## Organ für die Interessen der werthätigen Bevölkerung.

Zensur-Nr. 926]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Zensur-Nr. 925

Der „Leipziger Volksbote“ erscheint täglich abends (außer am Sonn- und Fest-  
tagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition  
Königstraße Nr. 60/62, und die Post zu bestellen. — Preis vierthalbjährlich  
Mtl. 1.80. Monatlich 55 Pfg. — Postzeitungszettel Nr. 4069 a, letzter Nachtrag.

Die Ausgabegebühr beträgt für die viergezahlte Zeitung oder deren Teile  
15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungs-Anzeigen nur 10 Pfg.  
auswärtige Anzeigen 20 Pfg. — Anzeige für die nächste Nummer müssen bis  
zum 1. Februar vormittags, größere tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 62.

Donnerstag, den 15. März 1906.

13. Jahr!

Abonnement und Beiträge:

### Chinas Erwachen.

Der Krieg der Mütte beginnt seine Furchte zu zeitigen. Der Kriegskrieg mit allen seinen Furchtloskeiten hat einerseits den Herrnhof der Chinesen aus äußerste Angst erfüllt, auf der andern Seite aber auch das konervative Element im chinesischen Volkscharakter und im Staatsleben einer Wundlung unterworfen. Die Chinesen werden, gleich ihren japanischen Verwandten, je länger je mehr der abendländischen Kultur entzogen und getrieben. In den Japanern finden sie darin vorzügliche Lehrmeister und die Sieger von ehemals sind heute ihre Verbündeten. Seit dem Friedensschluß mit Russland sind Hunderte von japanischen Offizieren in der chinesischen Armee tätig, die Söhne des Reiches der Mütte zu wichtigen Soldaten zu machen. Der Befehlshaber von Tientsin hat jetzt 40 000 gut bewaffnete und gut ausgebildete Soldaten zur Verfügung, die mit den europäischen Soldaten jeden Vergleich ausmachen. Das gleiche auf dem Gebiete der Technik. Schwerin, der Vizepräsident der amerikanischen Pacific Mail Steamship Company, der kurzlich nach Washington berufen wurde, um vor einem Kongresskomitee über das Chinezauschlussgesetz zuvorzuommen zu werden, machte dort folgende Mitteilungen: „Ich reiste per Boot von Tientsin nach Peking. Mit Ausnahme des Betriebsleiters waren alle Bahnangestellten Chinesen, auch die Lokomotivführer, die Kondukteure und die Wagensteller.“

Das oben bezeichnete Chinezauschlussgesetz richtet sich vornehmlich gegen die Chinesen. Nach dem Boxeraufstand im Jahre 1900 waren die Amerikaner die populärsten Ausländer in China. Seitdem aber ist das Auschlussgesetz getornt, durch welches Tausende von Chinesen von Amerika zurückgewiesen oder sonst geschädigt wurden. Die amerikanischen Arbeitnehmer in den Städten der Pazifikküste begannen eine Agitation gegen die von den Chinesen unangemessenen Waren. Die Frauen wurden bestimmt, diejenigen Geschäftsfreunde zu boykottieren, die von den Chinesen unangemessene Waren kauften. Dazu kamen noch andere Klagen über die Behandlung der in Amerika ansässigen Chinesen. So wurde z. B. eine Anzahl chinesischer Studenten, die von der chinesischen Regierung nach der Universität in California geschickt worden waren, bei ihrer Landung gleich gemeiner Verbrechern nach dem Bertillon-System gemessen. Es waren die Söhne der vorherrschenden Chinesen, die so behandelt wurden. Auf all diese Schikanen antworteten die Chinesen mit derselben Waffe, nämlich dem Boykott der amerikanischen Waren. Niemals vor es die chinesische Reformregierung, welche den Kampf gegen die amerikanische Einführung organisierte. Diese Vereinigung ist durchaus eine fremdenfeindliche, im Gegenteil, sie will China auf den Weg des Fortschritts bringen. Noch vor wenigen Jahren wäre die Anwendung dieses modernen Kampfmittels, des Boykotts, in China undenkbar gewesen, und jetzt haben die Chinesen damit einen solchen Erfolg erzielt, daß, wie Herr Schwerin mitteilte, viele San Franciscoer Firmen gezwungen waren, ihre Filialen, die sie im chinesischen Hause hatten, vorläufig zu schließen. Auch die Schiffahrtsgesellschaft, deren Präsident Herr Schwerin ist, hat durch den Ausschluß der Mongolen und infolge des Boykotts große Verluste erlitten, da der Verkehr zwischen Amerika und China seitdem bedeutend zurückgegangen ist.

Das Beispiel des Warenboykotts zeigt, daß die Chinesen bald gelernt haben, auf wirtschaftlichem Gebiete sich ihrer Haut zu wehren. Im Ende selbst aber sorgt ein intolerantes und rassiges Pfaffenamt dafür, daß die Erhöhung gegen die Fremden immer größer wird. Die Nachrichten, welche vor kurzem über neue Boxeraufstände zu uns drangen, legen Begründung hierfür ab. Seitdem China durch Verträge gezwungen worden ist, nicht bloß den Ausländern, den Missionären, sondern auch den zum Christentum „Befehlten“ bevorzugte Privilegien bezüglich der Gerichtsbarkeit einzutäumen, haben die Missiongesellschaften ihre Machtphäre immer weiter ausgedehnt. Hat ein geborener Chines eine unangemessene, kostspielige Rechtsstreit auszufechten, so gibt es für ihn einen ungleich einfacheren sicherer Weg; er braucht nur der katholischen Kirche beizutreten, diese wird seine Sache in die Hand nehmen und aller Wahrscheinlichkeit nach zu seiner Zufriedenheit zu Ende führen. Der Geistlichkeit hat nur zu bescheinigen, daß der betreffende Mitglied der Kirche ist.

Noch schlimmer ist die Sache nach dem „Kriegskrieg“ geworden. Nachdem der Frieden geschlossen, bot die chinesische Regierung, wahrscheinlich gedrängt von den interessierten Regierungen, den Missionaren den Charakter eines Mandarins, also eines chinesischen Beamten an. Die protestantischen Missionare schlugen dies ablehnend aus, da es mit ihrer Würde und mit ihrem geistlichen Urtheil nicht zu vereinbaren sei. Die Missionare der römisch-katholischen Kirche dagegen nahmen dies Beiblagn an und haben es seitdem in der

rücksichtslosen Weise zugunsten ihrer Kirche ausgerichtet. Die größte Nach im Distrikte hat in der Tat nicht der chinesische Distriktsbeamte, sondern der Geistliche. Erklärt sich ein chinesischer Beamter, beymjenigen unrecht zugeben, den der Geistliche als Anhänger seines Glaubens zu schützen gedachte, so läuft er große Gefahr; er kann dabei nämlich leicht sein Amt verlieren.

Hierzu kommen die geradezu ungehörlichen Entschädigungsansprüche, welche die Missionsgesellschaften zu stellen pflegen, wenn ihnen irgend ein Schaden zugesetzt wurde. Ein solcher Fall ergibt ein Vorrecht in der Londoner „Daily News“, der sich jahrelang in China aufgehalten hat: Für zwei Stationen, die der katholischen Missionsgesellschaft übergebracht worden waren, forderte diese nicht weniger als 600 000 Taels (1 Tael ist ungefähr 1,25 M.). hat aber in China einen mehrfach so hohen Kurswert.) Der britische Konsul von Mu-Kiang forderte diese Forderung so ungerechtfertigt, daß er den französischen Patern hierüber Vorhaltungen macht, mit dem Erfolg, daß die Ansprüche bedeutend reduziert wurden.

Dass diese Zustände mit der Zeit alle chinesischen Beamten und Behörden gegen die Fremden ausbringen müssen, ist klar. Die obenbezeichneten Bevölkerungen und ihre Ausübung durch die Kirche muß zur Demoralisierung der Bevölkerung führen. Dabei wird natürlich auch das Christentum in den ersten Misserfolg geraten. Brauchen doch verworfene Subjekte nur der Kirche beizutreten, um Schutz zu finden gegen die Vertreter der Autorität und der Gerichtsbarkeit des eigenen Landes.

Das, was die sozialdemokratische Presse vorausgesagt, ist eingetreten. Die Grausamkeit der europäischen Krieger wird noch auf Jahrzehnte hinaus in der Erinnerung der Chinesen wach erhalten und dadurch die Abneigung gegen die weiße Rasse gefördert werden. War an eine Verstärkung des chinesischen Rückens schon wegen des gegenseitigen Fleisches der Großmächte nicht zu denken, so wird in Zukunft der chinesische Kolos sich gegen etwaige Bergewaltungen auch ganz anders zu wehren wissen als bisher. Und aus der kommerziellen und kulturellen Entwicklung werden nicht diejenigen Völker, deren Solaten das Land verwüsteten, plünderten und raubten, den Vorteil haben, sondern dieser wird zunächst den Japanern zufallen. Durch die feindselige Illusion der europäischen Großmächte wird China dazu getrieben, sich an das Nachbarreich Japan anzulehnen. Es wird von den Japanern, mit denen sie die Außenverwandtschaft bindet, lernen, und eine große Macht der Mongolen wird im Osten Asiens entstehen. Der Grundstein hierzu ist bereits gelegt durch das Bündnis zwischen Japan und China, das in diesen Tagen zum Abschluß gelangt ist. — Die gelbe Rasse gegen die weiße Rasse.

### Politische Nachrichten.

Deutschland.

Aus einem angeblichen Kulturstaat. Wie wir schon kurz rätselten, kam im Lipperischen Landtage die standlose Behandlung des in Beugniszwangshaft gebrachten Redakteurs Starke zur Sprache. Da der ganze Fall ein Dokument von unserer Seiten Schande darstellt, seien in nachstehendem die Ausführungen des Staatsministers v. Gebelet zu dieser Angelegenheit nach der „App. Landeszeitung“ wiedergegeben: „Ich habe nach den Verhandlungen im Reichstage über diese Angelegenheit die Staatsanwaltschaft sofort zu einem Bericht aufgefordert. Die drei Punkte waren 1. daß dem in Haft genommenen alle Gegeißelten, wie Kresser, Schlüssel, Uhr usw. abgenommen würden, 2. daß er gleich den anderen Gefangenen gezwungen würde, seine Helle selber zu reinigen, und 3. daß er Besuch nur in Gegenwart des Staatsanwaltes annehmen durfte. Die beiden ersten Punkte sind in dem Bericht des Staatsanwalts unter lebhaftem Bedauern und umwunden zugegeben, sie sind aber nicht durch den Staatsanwalt, sondern durch den ausführenden Beamten veranlaßt worden, der entsprechend belehnt worden ist. Der dritte Punkt beruht auf eigener Anordnung des Staatsanwalts und zwar mit Rücksicht auf das Ermittelungsverfahren, weil der Staatsanwalt befürchtete, daß durch den Bericht des Redakteurs mit der Außenwelt das Verfahren gegen Unbekannt ungünstig beeinflußt werden könnte. Ich persönlich kann diese Auffassung nicht teilen und habe auch angeordnet, daß so etwas nicht wieder vorkommt, denn die Haft war ja in diesem Falle nur verhängt worden, um den Redakteur zu einer Auflösung zu zwingen, und da steht einem Bericht mit der Außenwelt nichts im Wege. Ich habe dann auch wegen der angeblichen Auflösung des Herrn von Gerlach, daß Herr Starke mit der Nummer auf seiner Brust vorgeführt worden sei, an den preußischen Justizminister geschrieben, daß dieser Fall hier nicht vorgekommen sei und habe ihn erzählt, dies bei passender Gelegenheit zu rechtfertigen. Herr Sitzler hat mir nun selber am nächsten Tage gesagt, daß der Fall mit der Nummer in Berlin pa-

siert sei, nicht hier. Ich glaube, daß an beiden Stellen gejündigt worden ist, nicht nur in Lippe.“ — Es trifft also zu, daß man hier wieder einen Exzessmann wie einen bereits abgeurteilten gemeinen Verbrecher behandelt hat. Und das ist geschehen im sogenannten humanitären Zeitalter in einem angeblichen Kulturstaat!

Der unverantwortliche Staatsminister. Durch Urteil vom 30. Mai 1905 hat das Oberverwaltungsgericht ausgesprochen, daß ein preußischer Staatsminister, welcher wegen einer Amtshandlung oder wegen Unterlassung einer solchen zivil- oder strafrechtlich vor Gericht verfolgt wird, als Rechtsritter zu seinen eigenen Gunsten den Konflikt gemäß dem Gesetz vom 13. Februar 1854 zu erheben befugt ist, und ferner, daß der Justizminister nicht zu den richterlichen Beamten oder anderen Justizbeamten gehört, bezüglich deren im § 7 a. a. N. die Konfliktverhinderung gesetzlich ausgeschlossen ist. Gegen diese Entscheidung wendet sich Amtsgerichtsrat Jäckrow-Berlin in einer eingehend bearbeiteten Abhandlung im Verwaltungsarchiv, indem er die Gültigkeit der Konfliktverhinderung durch den Staatsminister mit Recht zu seinen eigenen Gunsten verneint. Demgegenüber ist jetzt der Kammergerichtsrat Dr. Delius stiftig bei der Arbeit, um die Geltung des Oberverwaltungsgerichts zu begründen. — Das mag ihm von seinem Standpunkt aus ja auch gelingen. Im Volle ist man jedoch allgemein der Meinung, daß ein Staatsminister ebenso gut wie jeder andere gewöhnliche Sterbliche für seine Handlungen verantwortlich zu machen sein müßte. Denn auch er ist nichts anderes als ein vom Volle erhaltenener Dienner des Staates!

Aus dem Reichstage. Der Reichstag erlebte am Dienstag zunächst mit großer Freiheit die Stütze des Befreiungs- und den Kavaliersfonds, sowie das Gesetz zur Entlastung des letzteren. Auch alle Stütze des Reichschausatzes waren schnell erledigt worden, wenn nicht die Don-Dutches Dr. Arentz und Kardorff ihre Silberwährungsroßinanten getummelt hätten. Dann kam der dritte Nachtragsetat für Ostafrika an die Reihe, der die deutschen Steuerzahler mit einer Kleinigkeit von 113 Millionen belastet. Der junge Erzberger vom Centrum sprach mit großer Schärfe; er deckte pathetisch ein umfangreiches Sündenregister der Verwaltung auf, brach aber seinen Ausführungen von vornherein selbst die Spize ab, indem er für die Bewilligung der nachgesuchten Indemnität plädierte. Dann besiegte zu einer wichtigen Anklagerede Genossen Bebel die Tribüne. Er zeigte, daß der ostafrikanische Aufstand ähnlichen Ursachen entsprungen ist, wie einsam der große deutsche Bauerkrieg von 1825. Misshandlungen, Steuerlast, Grobdiensle, drakonische Justiz, Bandenk und Blutschanden haben die letztwiegig unintelligenten, mit arabischem Blut stark verschierten Schwarzen Ostafrikas zum Aufstand gebracht. Die Haltung des Centrums ist in doppelter Hinsicht inkonsistent und zweideutig. Es belagt sich über Verleihungen des Budgetrechts und reizt durch fortgesetzte Indemnitätsbewilligungen die Regierung zu immer neuen Verleihungen; es unterstutzt eine Kolonialpolitik, die in ihrem innersten Wesen unchristlich ist und verlangt von der Regierung einen wirklichen, allen materiellen Interessen der Kolonialpolitik ins Gesicht schlagenden Kreuzzug gegen den Islam. Der Gedruck der Bevölkerungsfürsorge wurde durch die Gewidderung des Kolonialprinzen Höhenlohe nicht abgeschwächt, der übrigens in anerkannter Weise mit dem Südböhmischen Verbindungssystem zu brechen versuchte. — Am mittwochlichen Schwerinstag steht zunächst ein zahmer freifämlicher Frauenrechtsantrag zur Verhandlung.

Zum Kampf gegen den „Terrorismus“ verfasste demokratische Männer riefen sich die Kriegervereine. Bürgerliche Männer riefen: Ein Fonds zur Unterstützung des Opfers des sozialdemokratischen Terrorismus soll von den Kriegervereinen geschaffen werden. Er wird in erster Linie Kameraden zu gute kommen, die infolge ihrer patriotischen, Königstreuen oder religiösen Gesinnung von Sozialdemokraten aus der Arbeit entzogen und beschäftigunglos geworden sind. Der Groß-Väterlicher Kriegerverein „Hauptkadettenanstalt“ wird als erster in seiner am 31. d. M. stattfindenden Hauptversammlung zu diesem Vorschlag Stellung nehmen. — Durch eine sehr gut angebrachte boshaftes Bemerkung erläutert das „Berl. Tagbl.“ daran, wo die Terroristen wirklich liegen. Die Bemerkung lautet: „Auch fehlt noch ein Verein, der die Kameraden unterstützen, die wegen ihrer politischen Gesinnung aus Kriegervereinen ausgeschlossen wurden und dabei alle durch jahre zehntelang geblieben haben.“ — Zur übrigen wird der patriotische Krieger der Kriegervereine der Sozialdemokratie so wenig schaden, wie die diversen „wirtschaftlichen Schutzverbände“, die angeblich zu ähnlichen Zwecken das Leben gerufen worden sind.

Der größte Kampf im ganzen Land . . . Ein gemeinsames Denazifizierungsfest liefert für die hochrangige „Konserv. Korr.: Aus einem Sonntag in Berlin seitens un-

erer Genossen verbreiteten Flugblatt druckt es zunächst nach  
gehende Stelle ab:

#### Arbeiter! Proletarier!

Gest zwei Menschenalter sind verflossen seit jenen denk-  
würdigen und ruhmreichen Kriegstagen, in denen Eure  
Väter und Großväter ihr höchstes und einziges Gut, ihr  
Leben, eingesetzt haben für das Volkes Rechte, für das  
Volkes Freiheit. Mit Blut haben sie die  
Freiheit geträumt, aber noch immer erhebt  
sie sich bestrebt, mit brutaler Gewalt  
nebenzukütteln, wer ihr in den Weg  
tritt.

An Euch ist es, das Werk Eurer Vorfahren  
zu vollenden. An Euch ist es, dem obdulaten Re-  
giment in Preußen ein Ende zu machen und dafür zu  
sorgen, daß des Volkes Wille höchstes Gesetz  
wird.

Dann folgt das schmückige Bubenspiel, die Deaunala-  
tion:

"Wir haben diese Säye in der Deaunalaution des  
Originals wiedergegeben, damit erkennbar sei, wo-  
rauf es den sozialdemokratischen Demagogen ankommt.  
Deutlicher als bei dem für den Gapon-Son-  
tag verfochtenen Flugblatt ist aus dem vorliegenden die  
Absicht ersichtlich, in den Massen die „revolutionäre  
Energie“ zu entfachen. Wohl fehlt in dem Flugblatt  
die Bewahrung dagegen nicht, daß es sich bei dem  
Auftritt zum Kappes nicht um einen „mit brutaler  
Gewalt“ geführten Kampf, sondern um einen „Kampf  
des Gesetzes“ handle; aber das Vorbild für diese  
Art „Gefechtskampf“ ist für unsere Sozialrevolutionäre die  
russische Revolution. Und der Ansturm gegen  
das Dreiklassengesetz, der mit diesem Flugblatt aufs  
sene unternommen wird, ist nur ein Vorwand, um  
die Massen zu ganz anderen Zwecken in Be-  
wegung zu bringen."

Es genügt, diese geweine Denaziation niedriger zu  
hängen.

Ein freisinnig-nationalliberaler Ruhhandel wird  
den Wahlkreise Rüders, Hagen/Schwelm, von den National-  
liberalen geplant. Deren Wahlkomitee beschloß, den  
Freisinnigen ein Zusammensehen bei den Erst-  
wahlen für den Landtag und den Reichstag vorzuschlagen,  
und zwar derart, daß die Freisinnigen die Kandidatur  
Moldenhauers für den Landtag, die Nationalliberalen  
die Kandidatur Krügers für den Reichstag unter-  
stützen. Nach einstündiger Programmrede wählte man Mold-  
enhauer einstimmig als Landtags- und eventuell, falls  
die Freisinnigen ein gemeinsames Vorgehen ablehnen, als  
Reichstagskandidaten. — Es fragt sich nun, ob die Frei-  
sinnigen auf dieses Schachgeschäft eingehen. Wie trauen es  
ihnen zu!

Wieder ein Polenprozeß. Wie das „Posener  
Tageblatt“ mittelt, hat die Staatsanwaltschaft in Gniezna  
gegen das Herrenhausmitglied v. Kozielski und 22 Genossen,  
darunter den Reichstagsabgeordneten von Posen, Rechts-  
anwalt v. Chrzanowski, das Strafverfahren wegen Über-  
treitung des Vereinsgesetzes eingeleitet. Es handelt sich um  
eine im vorigen Jahre im Schlosspark in Młodzianow — dem  
Besitztum v. Kozielski — stattgefundenen Privauteslichkeit,  
zu der auf Einladung des letzteren zahlreiche Persönlich-  
keiten aus der Provinz Posen erschienen waren. Nach An-  
sicht der Staatsanwaltschaft soll dort der von der Polizei-  
behörde verbotene Gauktag der Soldvereine der Provinz  
Polen gelagt haben.

Die Interpellation in Sachen der „Borussia“  
hat anscheinend Erfolg. Monatelang hörte man nichts mehr  
von dem Strafverfahren gegen den Betriebsführer Müller,  
jetzt plötzlich hat, wie aus Dortmund berichtet wird, in  
Düsseldorf auf der Beche ein Lokalermix stattgefunden, an dem  
auch der erste Staatsanwalt Schulze Gölsdorf teilnahm. Ver-  
suche, die Angaben unserer Genossen im Reichstage zu er-  
schüttern, sind gescheitert, im Gegenteil sind durch die Zeugen-  
aussagen die aufgestellten Behauptungen voll und ganz be-  
stätigt worden.

Von Agrarias Gnaden! Herrn v. Bodbielski  
Ministerialchef wackelte vor einigen Wochen recht bedenklich,  
so daß Bewohner große landwirtschaftliche Kapazität selbst  
etwa mit einem Rücktritt rechnete; durch den Einfluss  
agrarscher Freude gelang es aber, die Position des Herrn  
Landwirtschaftsministers zu rüsten. Dafür verlangen aber  
die Herren Agrarier ihren Dank; und da, wie verlautet,  
jüngst Herr von Bodbielski sich für die Zulassung der Ein-  
fahrt von Schweinen aus Holland und Dänemark ausge-  
sprochen haben soll, droht ihm die „Deutsche Tageszeitung“  
mit dem Entzug des Wohlwollens der agrarischen Recht-  
haber. Sie schreibt: „Wir müssen aber ganz besonders bes-  
halb an einer derartigen Absicht des Landwirtschaftsministers  
zweifeln, weil eine auch nur teilweise oder zeitweise Dessauration  
der Grenzen dem bisher von ihm eingenommenen und mit  
Lebhaftigkeit vertretenen, durchaus gerechtfertigten Standpunkt  
widersprechen würde. Mit einer solchen Maßregel würde  
er sich auf eine schiefe Ebene begeben, auf der ein Halten  
nicht mehr möglich wäre. Die Verhältnisse, die uns zu den  
Bestimmungen gegen die Einschleppung von Seuchen zwangen,  
dauern heute unverändert fort. Wollte sich der Landwirt-  
schaftsminister trotz der Andauer dieser Verhältnisse zur Ab-  
schwächung der Schutzbestimmung entschließen, so müßte er  
den Verdacht weden, daß auch früher die Bestim-  
mungen nicht unbedingt nötig gewesen seien. Es würde sich also in einer höchst bedenklichen Weise selbst  
den Abwurfern, und das würde nicht nur für die  
Landwirtschaft, sondern auch für seine  
eigene Position gefährlich sein.“ — Für das  
Verhältnis der beiden Exzellenz zu den agrarischen Wort-  
führern ist diese Drohung mit der Gefährdung der „eigenen  
Position“ höchst charakteristisch.

#### Australien.

Der Hunger. Die Hungersnot wächst. Aus Tulsa  
wird gemeldet, daß die Bauern des Gouvernements ihre  
Strohdächer abdecken, um sie als Viehfutter zu verwerten.  
Die Not ist außerordentlich groß. Der Futtermangel betrifft  
nicht nur die Bauern, sondern auch die Gütesbezüger. So  
sind mehrere Pferde des reichen Gütesbezuges für Urstoff  
verhungert. Aus dem Bezirk El Paso ist etw. grad wurde  
mehr noch der Ausbruch von Hungerlymph, Starbust und an-  
deren Epidemien gemeldet. Die Opfer sind sehr

hoch. In einem einzigen Bezirk des Gou-  
vernements leben von 600000 nicht we-  
niger als 250000 Menschen hunger, b. i.  
mehr als ein Drittel der Gesamtbevölke-  
rung. Statt die Hungersnot zu lindern, bleibt die Regie-  
rung alles auf, um sie zu verschärfen, indem sie jede private  
Hilfsläufigkeit aufs schärfste kontrolliert und auf diese Weise  
oft behindert. Es kommt nicht selten vor, daß die Be-  
völkerung öffentliche Volksopferanstalten als „politisches“ verbüch-  
tigt schließt.

Politischer Selbstmord. Aus Platzgrüne viel  
det man, daß in der Ortschaft Malschir der aus politischen  
Gründen Verhaftete Stubin einen sog. Hungerspiel unter-  
nahm und, da die Behörde nicht nachgab, auf diese Weise  
freiwillig den Hungertod starb. — Ein ergreifendes  
Bild russischer Kulturverhältnisse.

Ein Unschuldiger zum Tode verurteilt. Ja  
Mindestens saß dieser Tage ein Prozeß statt, der sich mit dem  
Attentat auf den Gouverneur Kurolow und Polizeiminister  
Morow befaßte. Das Gericht verurteilte die Angeklagten,  
Franz A. Ismailowitsch, sowie Iwan Putschow und  
Osker Krus, zum Tode durch den Strang. — Wie  
sich jetzt herausstellt, ist der Angeklagte Osker Krus völlig  
schuldlos. 142 Verhaftete bei Minskler Gefängnis ver-  
öffentlichten ein Schreiben, in dem sie konstateren, daß Osker  
Krus keiner revolutionären Organisation angehört und seiner  
Veranlagung nach überhaupt nicht angehören kann. Die  
Mitangeklagten Putschow und Ismailowitsch versichern auf  
Eckwort, daß sie den wirklichen Attentäter kennen und daß  
Osker Krus völlig schuldlos sei. Auch der Untersuchungs-  
richter ist von seiner Unschuld überzeugt, was er ihm auch  
verlohnlich gesagt habe. Die Verfasser enden ihr Schreiben  
mit den Worten: „Auf Grund des Gesagten kommen wir  
zu dem Schluß, daß der Gerichtsbeschluß nichts anderes als  
einen politischen Mord und weisen Terror bedeutet, der mit  
der Formallität der Geschlechtlichkeit gedeckt ist.“

Ein neuer Kämpfer. Auf Stelle des sisierten  
„Weder“ erscheint in Wilna eine neue sozialdemokratische  
Zeitung des Bundes „Die Volkszeitung“.

Die Schergen, arbeiten“. Das Bezirksgericht in  
Sobrofsk urteilte 28 Soldaten des Strafbaataillons ob,  
daß sich des Versuches der Meuterei schuldig gemacht haben.  
13 wurden zum Tode, die übrigen zu 20, 15 oder 3 Jahren  
Zwangarbeit verurteilt.

Zur Affäre Witte-Gapon. Am Sonntag wurde  
auf der Versammlung der 11 Arbeiterparteikomitees be-  
schlossen, den belannten Arbeiter Petrow, der mit sensa-  
tionellen Erhöhungen gegen Witte und Gapon hervortrat,  
aus dem Verbande als Verräter auszuzu-  
stossen. Wie die Zeitung „Svet“ meldet, ist  
der Priester Gapon am Montag verhaftet worden.  
Gapons Verhaftung erfolgte, weil er beab-  
sichtigte, sich vor einem Ehrengericht zu verteidigen, was der  
Regierung unangenehm gewesen wäre.

#### Krautreich.

Das Kabinett Sarrien hat sich nun mehr definitiv  
gebildet und ist folgendermaßen zusammengesetzt! Sarrien:  
Präsidium und Justiz, Clemenceau: Finanzen (mit  
Sarrou als Unterstaatssekretär), Bourgeois: Amtsress.,  
Etienne: Krieg, Thomson: Marine, Briand: Kul-  
tur und Unterricht, Doumergue: Handel, Barthou:  
öffentliche Arbeiten, Rau: Ackerbau, Poyncaré:  
Finanzen, Lengue: Kolonien, Du Jardin: Beau-  
me: Unterstaatssekretär für die schönen Künste, Gerard:  
Unterstaatssekretär für Posten und Telegraphen. Die Be-  
sprüchungen Sarriens mit seinen künftigen Mitarbeitern  
haben eine Einstellung über die Hauptfragen herbeigeführt.

Der neue Unterrichtsminister Briand, der sich bekanntlich  
Sozialist nannte, ist aus der Partei ausgeschlossen worden.  
**Deutscher Reichstag.**

Original-Bericht des „Lübecker Volksbote“.

Berlin, den 13. März 1906.

64. Sitzung. Nachmittags 2 Uhr.

Um Bundesstaatsrecht: Freiherr v. Stengel, Prinz  
Hohenlohe.

Zunächst wird die zweite Beratung des Gesetzentwurfs  
über die Entlastung des Reichsinvalidenfonds vorgenommen. Nach der Vorlage sollen vom  
1. April 1906 an, dem ursprünglichen Zweck des Invaliden-  
fonds entsprechend, aus ihm nur noch Ausgaben für die  
Kriegsinvaliden von 1870/71 und ihre Hinterbliebenen be-  
stritten werden, die übrigen Invalidengelder sollen dagegen  
aus den Mitteln des Reichshaushalts gedeckt werden.

Die Kommission beantragt unveränderte Annahme.  
Das Haus beschließt debattelos in diesem Sinne.

Ebenfalls debattelos werden in zweiter Lesung die  
Gesetze des Invalidenfonds und des Reichs-  
invalidenfonds angenommen.

Es folgt die zweite Lesung des Gesetzes des Reichs-  
schatzamts. Eine Reihe Petitionen zu diesem Gesetz  
um Gewährung eines Ehrensoldes an alle Kriegs-  
teilnehmer werden dem Reichskanzler als Material  
überreicht.

Graf Karras regt an, die Höchstgrenze für Silber-  
prägung auf 20 statt auf 15 M. pro Kopf der Bevölke-  
rung festzusetzen und erläutert sich, wann die Vorlage  
über Änderung der Aussage der Reichskassenscheine dem  
Reichstag zugehen wird.

Reichsschatzsekretär Dr. v. Stengel erklärt, daß die  
erwähnte Vorlage zur Zeit dem Bundesrat vorliegt, gibt  
ferner eine statistische Übersicht über die Prägung der ver-  
schiedenen Reichsmünzen und erläutert eine Erhöhung der  
Kopfquote für Silberprägung für überflüssig, da die Zu-  
nahme der Bevölkerung auch ohne Erhöhung der Quote  
eine bedeutende Vermehrung der Silberprägung gestatte.

Dr. Rendt (SPD) tritt für Aussprägung von Taler-  
stücken ein.

Reichsschatzsekretär Dr. v. Stengel konstatiert, daß  
der Verlehr nicht gern Taler annimmt.

Gothain (SPD) wendet sich gegen die Erhöhung  
der Kopfquote für Silberprägung. Wo ein Mangel an  
Silbermünzen bemerkbar wird, liegt das nicht an unzu-  
reichender Prägung, sondern an einer schlechten Organis-  
ation der Kreditverhältnisse.

v. Karadorff (SPD) konstatiert, daß es vielerorts an  
Silber steht.

Der Rest des Gesetzes des Reichsschatzamts wird de-  
battelos bewilligt.

Der Nachtragsetat, der 188700 M. für Betrie-  
benenbeihilfen verlangt, wird in erster und zweiter  
Lesung angenommen.

Es folgt die zweite Lesung des dritten Nach-  
tragsetats zum Etat für 1906 für das ostafrika-  
nische Schutzherrschaft.

Dr. Baasche (NL) empfiehlt als Berichterstatter die  
Beschlüsse der Kommission und nimmt gleichzeitig die  
Vorwürfe an, von deren Gründlichkeit er sich über-  
zeugt habe.

Erzberger (SPD): Es wird dem Reichstag nichts  
weiter übrig bleiben, als der Regierung Indemnität für  
die ohne Genehmigung des Reichstags gemachten Ausgaben  
zu erlassen. Die Kommission hat 23 Millionen aufge-  
strichen, es bleiben aber noch immer 113 Millionen übrig,

die von unserem deutschen Bauernland und unseren Ar-  
beitern aufgebracht werden müssen. (Sehr richtig!) Mit der  
Vernunft stellen an den deutschen Steuerzahler  
tollesche Unrecht. Mindestens hätten die Forderungen  
besser begründet werden müssen. (Sehr richtig!) Mit der  
Trennung der Zivil- und Militärgewalt darf nicht so

schnell vorgegangen werden. Bedenken haben wir auch  
gegen die Errichtung einer weißen Kolonie, da diese  
nicht überall verwandt werden kann. Die Überzugs-  
kosten für unsre Kolonien wird dadurch beträchtlich herab-  
gedrückt, daß die deutsche Schulpolitik in Ostafrika den  
Muhammedanismus fördert. Ferner müssen wir den Mann-  
gel an Offizieren richten, den das Kolonialamt gegenüber  
Anträgen an den Reichstag an den Tag legt. Als am  
11. März v. J. angeregt wurde, was mit dem Hauptmann  
Kannenberg geschehen sei, der in Ostafrika durch das Ge-  
schrei eines Kindes geriet, das Kind mit der Mutter er-  
schoss, da antwortete Kolonialdirektor Stübel, der Haupt-  
mann sei bestraft worden; er hat aber nicht mitgeteilt, daß  
der Hauptmann Pension erhalten hat. Gegen einen Be-  
amten, der auf vorgeschriebenem Dienstweg Verbrechen  
daraufhin das Disziplinarverfahren an Kannenberg auf-  
geöffnet, ist der Hauptmann Brandis, der widerrechtlich verhängte  
Brügelstrafen nicht in die Strafzettel eintrug, behauptete  
der Referent des Kolonialamts hier im Plenum, er habe  
die Grenzen des Zulässigen nicht überschritten, während in  
der Kommission ein Legationsrat offen zugab, daß der  
Hauptmann in der Tat diese Grenze überschritten habe.

Von dem Gehahnen des Herrn Thiers, der Schwarze wie  
Spanien von den Bäumen schob, erklärt die Kolonialver-  
waltung, amtlich nichts zu wissen, während bereits ein  
Jahr zuvor alle von Herrn Ablok über diesen Fall ange-  
führten Einzelheiten in einer Eingabe an den Reichs-  
kanzler bekannt gegeben waren. Der Aktuar Vogt wurde  
wegen grober Dienstuntauglichkeit in Ostafrika entlassen,  
dann aber elstigmäßig beim Stettiner Gericht ange-  
stellt, indem die Kolonialbehörde seine Entlassung ver-  
schwiegen und sogar wahrheitswidrig bestreit, daß Vogt im  
Reichsdienste angestellt gewesen sei. (Hört! Hört! links und im Zentrum.) Neben Beschwerden gegen  
den Gouverneur läuft man den Gouverneur selbst berichten. (Hört! Hört! links.) Jedenfalls müssen wir Kunst er-  
halten, wie die Dinge in Ostafrika stehen. Herrscht dort  
jetzt, wie behauptet wird, Ruhe und Frieden, so müssen  
schon für den Etat 1906 Abstriche erfolgen. Konfessions-  
lose Schulen in Ostafrika und damit die Förderung des  
Muhammedanismus können christlich gesinnten Männern  
nicht gut zugemutet werden. Nur auf dem Fundament  
des Christentums können die Kolonien gediehen. (Beif. im  
Zentrum.)

Bebel (SD): Ich bin erstaunt, daß nach der An-  
klagerede des Abg. Erzberger keiner der Herren von der  
Kolonialverwaltung sich veranlaßt sieht, auch nur mit  
einem Worte darauf zu antworten. (Lebh. Zustimmung  
b. d. Soz.)

Stellvertretender Kolonialdirektor Prinz Hohen-  
lohe (den Niederen unterbrechend): Ich hatte mich zum  
Worte gemeldet . . . . (Der Rest des Jurus bleibt un-  
verständlich.)

Bebel (SD): Dann bitte ich um Entschuldigung.

Gesepresident Graf Stolberg: Der stellvertretende  
Kolonialdirektor hat sich bis jetzt noch nicht zu Worte ge-  
meldet.

(Prinz Hohenlohe meldet sich nun mehr zum  
Worte.)

Bebel (fortfahrend): Der Herr Kolonialdirektor hat  
sich wohl gedacht, nun lassen wir erst noch den Bebel  
sprechen und antworten dann auf beide. (Heiterkeit) —

Der Vorredner hat die Indemnitätsfrage berührt. Gerade  
nach den Vorgängen im vorigen Jahre, wo man den  
Reichstag so plötzlich nach Hause schickte, wäre es jetzt  
doppelt an der Zeit, ein Exempel zu statuieren und die  
Indemnität zu versagen. Gewährt man immer die Indem-  
nität, so darf man sich nicht wundern, daß die Regierung  
fortwährend mit Indemnitätsgesuchen kommt und wenn der  
Reichstag sich gegen seine Würdigung nicht wehrt, dann  
darf er sich nicht wundern, wenn er immer tiefer in der  
Achtung sinkt. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Mit Recht hat  
Abg. Erzberger die mangelhafte Begründung der Kolonial-  
forderungen bemängelt. Aber wieder liegt die Haupt-  
schuld am Reichstage selbst, der sich bisher mit den denk-  
bar mangelhaften Begründungen hat abspeisen lassen.

Herr Erzberger hat christliche Schulen für die Kolonien  
verlangt. Wir unsererseits haben uns über den sogenannten  
christlichen Charakter der deutschen Kolonialpolitik  
nicht Illusionen gemacht. Nicht vom Christentum, sondern  
vom materiellen Nutzen ist die Kolonialpolitik beherrscht. Mit Recht erklärte Bismarck, Kolonialpolitik würde nur  
betrieben, um Millionäre zu alischen. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Die große Mehrheit des Volkes ist an den ganzen  
Kolonialpolitik wenig interessiert. Soll aber einmal Kolonialpolitik betrieben werden, so muß die ostafrikanische  
Schulpolitik der Regierung als durchaus vernünftig an-  
gesehen werden. In Ostafrika sind die Muhammedaner das  
herrschende und das Kulturelement. Das der Kaiser Wert  
darauf legt, als Schirmherr der Muhammedaner angesehen  
zu werden, beweisen seine Reisen nach Konstantinopel und  
Langer und seine Nieden zu Gunsten der Selbstständigkeit  
des Sultans von Maroko. — Mit Recht sprach Herr Erz-  
berger vom Vertuschungssystem der Kolonialverwaltung.  
Als ich vor mehreren Jahren den Fall des Hauptmanns  
Kannenberg anführte, hielt es, daß der betreffende Herr  
mit der Entlassung aus dem Staatsdienst bestraft worden  
sei. Das war ja für einen Doppelmord außerordentlich  
milde; aber an eine milde Bestrafung von Verbrechen  
Weiter an Eingeborenen sind wir ja gewöhnt. Ich war  
erstaunt, von den Abg. Erzberger und Ablok zu hören, daß  
seine Bestrafung stattgefunden hat und daß dem Hauptmann  
Kannenberg auf dem Gnadenwege die Pension bewilligt  
worden ist. Erst die Darlegungen des Herrn Ohnesorg in  
der Budget

Ungeheis der Tatsache aber, daß Hauptmann Kannenberg wegen schwerer Adverserlegung bereits vorbelastet war, ist wohl kaum ein Zweifel möglich, daß er absichtlich auf die Frau geschossen hat. Kannenberg erklärt weiter, er habe noch eine Summe für einen wohltätigen Zweck gesammelt. In den Fällen Leist und Wehlan ist doch wenigstens eine milder Bestrafung erfolgt; wenn aber jetzt die Ausschreitungen der Kolonialbeamten gar nicht mehr bestraft, sondern sogar noch belohnt werden, so dürfte das auch Abg. Gräberger konsequenten Weise nichts mehr für Kolonialpolitik bewilligen. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Als wir die Schuld am südwestafrikanischen Aufstand auf die Kolonialverwaltung und einen Teil der Kolonisten schoben, wurden wir hart angegriffen. In Bezug auf den ostafrikanischen Aufstand erkennt die Regierungsdemokratie und erkennen die bürgerlichen Parteien eine Mischung der Verwaltung und der Kolonisten an und das ist immerhin ein Fortschritt.

Zu der Einsicht fehlt, daß Ausbeutung das Wesen der Kolonialpolitik ausmacht, vermag sich das Zentrum nicht durchzuringen. Übermäßige Arbeit, die Erhebung der Hüttensteuer, die Anprägung der Prügelstrafen sind als die Hauptgründe des ostafrikanischen Aufstandes anerkannt, auch der Wildschaden speziell durch Wildschweine spielt eine Rolle bei den Beschwerden der Eingeborenen, gerade wie bei den Beschwerden der deutschen Bauern, die zu dem großen Bauernkriege von 1845 führten.

Auch sind in Ostafrika eine große Menge Todesurteile und schwere Freiheitsstrafen verhängt worden. Graf Bothen und andere hohe Beamte haben in rechtssichernden Rüttungen auf die Gärung hingewiesen, die durch die Hüttensteuer den Arbeitszwang und den Landraub in der ostafrikanischen Bevölkerung hervorgerufen wurde. Es ist vorgelommen, daß Viehhändler den Eingeborenen ihr Vieh einfach wegnehmen. Durch solche Misshandlungen wurde Leute zum Aufstand getrieben, die von der deutsch-ostafrikanischen Zeitung als prächtiger Menschenclug von geradezu friedlicher Natur gefürchtet wurden. (Abg. Dr. Baasche: Sehr richtig!) Ich freue mich über diese Bestätigung meiner Aussführungen durch den Abg. Baasche.

Auch über die Art, wie der Aufstand bekämpft worden ist, sind schwere Klagen laut geworden. Haufenweise hat man die mehrlösen Schwarzen niedergeschossen und die Gefangenen regelhaft aufgefunkt. (Hört! Hört! b. d. Soz.) Sehr charakteristisch sind auch die Klagen eines Teils der Ansiedler darüber, daß die schwarzen Kinder viel zu viel lernen und daß es Zeugungen in der Sackelisprache gibt, die von den Schwarzen eifrig gellesen werden. — Ich möchte die Kolonialverwaltung fragen, ob sie grundlegende Änderungen im bisherigen System beabsichtigt. Uns kann dieser Aufstand und alles, was mit ihm zusammenhängt, nur in dem ablehnenden Standpunkt bestärken, den wir der deutschen Kolonialpolitik von jeher eingenommen haben. (Lebh. Beifall b. d. Soz.).

Stellvertretender Kolonialdirektor Prinz Hohenlohe: Ich habe in der Tat in Erwartung einer Rede des Abg. Bebel nicht sofort auf die Rede des Abg. Gräberger geantwortet. Der Fall Kannenberg hat sich tatsächlich so verhalten, wie ihn Abg. Bebel dargestellt hat. (Hört, hört! b. d. Soziald.) Allerdings kann die Darstellung, die der Hauptmann Kannenberg vor seinem Schuß gab, nicht als völlig unmöglich angesehen werden. Abprallende Schrotflugeln richten in der Tat oft schweren Schaden an. Auch möchte ich bemerken, daß die Alten über den Fall sich beim Militärgericht befinden und der Kolonialabteilung nicht mitgeteilt worden sind. Über den Fall Tierrin darf ich wohl eine kurze Befehlschrift vorlesen. (Medner verliest diese Befehlschrift, aus der hervorgeht, daß von Grausamkeiten Tierrins vor seinem Tode nichts bekannt geworden sei.) Eine weitere Verfolgung der Angelegenheit verbietet sich durch den erfolgten Tod Tierrins. Dem Landeshauptmann Brandeis ist kein allzuschwerer Vorwurf daraus zu machen, daß er nach eigenem Erlassen Handeln zu müssen plausibel, wo unsere heimischen Begriffe vom Strafrecht versagten und häufig Prügelstrafe verhängte. (Unruhe links.) — Auf den Vorwurf mangelnder Offenheit muß ich erwidern, daß ich es in der kurzen Zeit, da ich im Amt bin, an Offenheit habe sicherlich nicht fehlen lassen. Ich halte jedes Verlügen von unliebsamen Vorfällen in den Kolonien nicht nur für unslog, sondern ihr schädlich in jeder Hinsicht. Es liegt allerdings häufig die Unmöglichkeit vor, sofort eine Antwort zu ertheilen. — In Ostafrika beachtigen wir nicht die Verwaltung auf das ganze Gebiet ausdehnend; wir müssen aber einzelne wichtige Punkte militärisch wie verwaltungstechnisch sichern. — Wir müssen auch die letzten Nachrichten aus Ostafrika lauten günstig der Gouverneur erklärt aber einen Optimismus für unangebrach und will angefeind der Ablehnung der "weißen" Compagnie seine Sicherheit des Landes übernehmen. — Wer Kolonien für notwendig hält, muß auch Kolonialkriege in Kauf nehmen. Fehler und Irrtümer sind begangen worden; aber bisher hat noch jedes Land in seiner Kolonialpolitik Fehler und Irrtümer begangen. Über die Hüttensteuer sind Untersuchungen angestellt. Steuern sind ja überall unbeliebt, auch in zivilisierten Ländern. (Heiterkeit.) Gerade die scharfe Kritik, die an unseren Kolonialbeamten geübt wird, erschwert vielen jungen Leuten den Entschluß, in die Kolonien zu gehen, während in anderen Ländern der Kolonialdienst populär ist. Hoffentlich wird die Kolonialschule in Witzenbach allmählig einen tüchtigen Kolonialbeamtenstand heranbilden. — Die konfessionellen Schulen werden nicht den Mohammedanismus fördern, sondern ihm umgelehrte allmählig viele Elemente entziehen. Außerdem unterstützt das Gouvernement die christlichen Missionschulen auf jede Weise. Deutschland hat kein Interesse am Islam, es ist vielmehr mit dem Christentum auf engste verbunden, wenn es natürlich auch mit Rücksicht auf die allgemeine politische Lage gute Beziehungen zu auswärtigen moslemischen Staaten pflegt. Allerdings kann die Kolonialverwaltung das Schulwesen nicht allein den Missionären überlassen. (Beifall.)

Hierauf vertagt sich das Haus auf Mittwoch 1 Uhr. (Initiativatiräge, zunächst ein Antrag beider freien Fraktionen auf Beseitigung der Härten des Belegschafts der Frauen.)

Auf demselben wurden viele Reden gehalten und auch einer Reihe Mitgliedern die Ehrenmitgliedschaft verliehen. Zu den letzteren gehörte auch obengenannter Herr. Dieser sah sich nun veranlaßt, eine Rede zu halten, in der er die Gründung der Entwicklung der verschiedenen Vorstadtvereine und des Vereins Innere Stadt als einen Beweis für den "üblichen Bürger in innen" bezeichnete. Der größte Teil der hiesigen Bevölkerung erblickt in der Gründung derartiger Vereine allerdings nichts anderes als eine von einzelnen postulierten Herren inszenierte Vereinsmutterei. Doch das nur nebenbei. Die Hauptfahrt für uns ist, daß Herr Schwarzkopf im Anschluß an die Neuerung von dem "üblichen Bürger in innen" meinte, bei gegebener Veranlassung werde man die Sozialdemokratie wohl zeigen, was eine Partei sei. Also sprach Herr Zimmermeister Schwarzkopf: Wir wollen die Frage untersuchen lassen, ob diejenigen bösen Menschen recht haben, die da behaupten, daß die Stimmabstimmung des Herrn Schwarzkopf auf den allzu reichlichen Genuss alkoholischer Getränke zurückzuführen ist. Vielmehr geben wir der Hoffnung Ausdruck, daß die gegebene Veranlassung recht bald eintritt, bei der uns gezeigt wird, was eine Partei ist.

Kapitalabfindung bei Unfallrente. Die Berufsgenossenschaften können nach § 15 des Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes nach Anhörung der unteren Verwaltungsbörde den Verletzten auf seinen Antrag durch eine entsprechende Kapitalzahlung abfinden, wenn die Rente auf 15 Prozent oder weniger der Bruttorente festgestellt ist. Es ist den Verletzten zu empfehlen, bei Eingehung eines vorläufigen Vertrages vorsichtig zu sein, da sie durch Annahme der Abfindungssumme aller weiteren Ansprüche verlustig gehen, und auch bei etwa eintretender Verschämmerung ihres Zustandes nicht berechtigt sind, eine weitere Entschädigung zu verlangen.

Die Tagessitzung der nächsten Bürgerschafts-Versammlung soll sich aus folgenden Punkten zusammen: I. Wahlen eines Mitgliedes des Bürgerausschusses. II. Mitteilungen des Senates. III. Anträge des Senates: 1. Voranschlag über die Einnahmen und Ausgaben der freien und Hansestadt Lübeck für das Rechnungsjahr 1906. 2. Voranschlag der Verwaltungsbörde für städtische Gemeindeaufgaben für das Rechnungsjahr 1906. 3. Generalsatzung der öffentlichen Wohltätigkeitsanstalten für das Rechnungsjahr 1906.

Aus dem Gerichtsaal. Wegen Entwendung einer Dose im Werte von 50 Pf. erhält die Arbeiterin S. gestern vom Schöffengericht zwei Tage Gefängnis aufgelöst. — Durch Schwindel suchte der Arbeiter T. sich eine Zeitlang durch Leben zu schlagen, wobei allerdings in Betracht gezogen werden muß, daß er infolge Arbeitslosigkeit hierzu gezwungen war. Nachdem seiner Logiswirtin und mehreren befreundeten Hausleuten die Sache spanisch vorkamen, und T. eine Entdeckung befürchtete, rückte er aus. Bald aber kam er wieder, entwendete ein vor dem Postgebäude stehendes Fahrrad und radelte zu seiner in Schönberg wohnenden Schwester, wo er sich verbarg. Doch auch ihm ereilte sein Schicksal; er wurde erwischt und ins Untersuchungsgefängnis gebracht. Nun soll er zwei Monate lang über seine Streiche nachdenken. — Der Zigarrenmacher S., der schon einmal vorbestraft, jedoch bedingt begnadigt ist, hat seinem Arbeitgeber ein Paar Zugstiefel und einem Wandersollegen eine Bescheinigung über hinterlegte Luitungskarten der Ullers- und Juvalidenversicherung entwendet. Urteil: zwei Wochen Gefängnis. — Wegen ruhestörenden Lärms hatte der Arbeiter B. einen Strafbefehl über 6 Mt. erhalten. Diese Strafe erzielte ihm zu niedrig; er beantragte richterliche Entschließung und hatte den Erfolg, daß die Strafe auf 15 Mt. erhöht wurde. — Einige Briefe entwendet hatte der Arbeiter S. der Aktien-Gesellschaft für Hoch- und Tiefbau, bei der er beschäftigt war. Nicht aus Wollust hatte S. dieses Eigentumsvergehen begangen, sondern weil auch er am Fest der christlichen Nächstenliebe, Weihnachten, ein warmes Zimmer haben wollte. Die Lappalie wurde angezeigt und S. — man bedenke: einiger Briefe weg — in Untersuchungshaft genommen. Gestern hatte sich der "Sünder" am dreimal geheiligten Eigentum vor Gericht zu verantworten. Er wurde zu zwei Tagen Gefängnis verurteilt, die durch die Untersuchungshaft als verbüßt gelten. Wir leben in einer göttlichen Weltordnung! — Der Schänkwirt P. hatte einen schulpflichtigen Knaben entgegen den gesetzlichen Bestimmungen in seinem Lokal beschäftigt. Dafür soll er nun 10 Mt. blechen.

Zum gerichtlichen Verkauf gelangt am 27. April das Altendorfstraße 44 belegene Grundstück der Maurer J. G. Detthoff und J. A. Kleiner und am 4. Mai das Percivalstraße 24 belegene Grundstück des Bauunternehmers H. C. Howe.

ph. Gestohlene Kinderwagen. Am Sonntag den 10. d. M. ist von dem Wagenhalteplatz der Markthalle an der Mengstraße eine zum Transport von Waren benutzter vierrädriger Kinderwagen gestohlen. Das aus Korbgesteck bestehende Obergestell des Wagens ist graugrün gestrichen.

Stadttheater. Aus dem Theaterbureau schreibt man: Alles Benzinari, der mit grohem Erfolg in voriger Woche hier mit stürmischem Beifall den Elegaarsang, wird heute, Donnerstag, zu einem leichten Gastspiel einkehren. Der Künstler singt heute den Tannhäuser in Richard Wagners gleichnamiger großen Oper. Die übrige Besetzung ist die bestbekannte, und so dürfte die "Tannhäuser"-Aufführung der Glanzpunkt der Spielzeit werden. Wir möchten raten, sich frühzeitig gute Plätze zu sichern. — Freitag wird das erste Auftreten der Frau-Direktor Biertowksi in dieser Spielzeit stattfinden. Die bisher nur an allerersten Bühnen tätig gewesene Künstlerin singt die Fiametta in Suppes' "Boccaccio", der melodienreichsten Operette. — Sonnabend wird zum Eintrittspreise von 50 Pf. "Faust" 1., zweiter Abend (Gretchen-Tragödie), fortgesetzt.

Oldesloe. Die Lohnbewegung der hiesigen Holzarbeiter hat mit einem Erfolg der Arbeiter geendet. Es ist eine Einigung auf folgende Punkte erzielt: 9½ stündige Arbeitszeit; 3 Pf. Lohnauschlag pro Stunde; für Sonntagsarbeit und Überstunden 10 Pf. Aufschlag pro Stunde; Sonnabend vor den Feiertagen Schluss 4 Uhr. Der Arbeitstag nach wie es wurde anerkannt. Die übrigen Punkte wurden, um die Sache nicht zum Scheitern zu bringen, fallen gelassen.

Oldesdorf. Spieghuben an der Arbeit. Nachdem kürzlich dem Hauswirt Schnell Schinken und Specksorten entwendet worden sind, haben Spieghuben in der Nacht zum Dienstag auf dem Räucherboden des Husners Schnitt in Wahrheit fast aufgeräumt. Sie nahmen alles, was sie fanden, unbefummert darum, daß die Mehrzahl dieser Sachen kleinen Leuten gehören, die bei Schützenhäusern hatten. Gestern Morgen gab man einen der ermittelten Täter eine — wie sich später herausstellte, gefühlte — Schubarre durch unseren Ort schieben. Bald darauf fand man den größten Teil der Beute in dem leeren Stall eines hiesigen Bildners vor. Auch die Karte stand im Stall. Untersuchung ist eingeleitet.

Hamburg. Ein besonders schärfster und ruhiger Vorgesetzter. Vor dem Steigengericht der 18. Division hatte sich der Unteroffizier H. von der 19. Kompanie des 31. Infanterie-Regiments wegen Misshandlung eines Untergebenen zu verantworten. Aus letzter darüber, daß ein Musketier schlecht schoß, vergriff sich der Angeklagte an dem schlechten Schützen, indem er ihm Schläge in den Nacken und gegen das Kinn versetzte und ihn außerdem noch mit einer Flaggenschnur stieß. Der Hauptmann stellt dem Unteroffizier das Zeugnis eines besonders ruhigen und lächeligen Vorgesetzten aus, während der Misshandelte träge und dämmrlich sei, der einen Vorgesetzten leicht reizen könne. Der besonders lächelige und ruhige Vorgesetzte findet auch milde Richter, denn ihm wird nur die gelinde Strafe von acht Tagen Mittelarrest aufgetragen. Dass eine solche "Strafe" nicht geeignet ist, auf besonders lächelige und ruhige Vorgesetzte abzuschrecken zu wirken, brauchen wir wohl nicht näher darzulegen.

Hamburg. Sturmflut und Hochwasser drohten in der Nacht zum Dienstag in dem Hafenviertel große Vermüllung an. Von der Unterelbe kommt die Sturm, das vieler Material fortgeschwemmt ist und die Landleute schwer geschädigt sind. Die Schiffe, die von See kamen, haben alle bedeutende Decksschäden und teilweise bedeutende Verluste an Decksgegenständen. Die Mannschaft hat schwer arbeiten müssen und mancher Seemann hat Verletzungen erhalten.

St. Pauli will aussperren. Wie unser Stadtkomitee aus durchaus sicherer Quelle mitgeteilt wird, beantragt die Firma Howaldtswerke, zu 1. Juni ihre gesamte Arbeiterschaft auszusperren. Die Firma sieht wegen der Wassregel u. a. bereits mit dem Hamburger Arbeitgeberverband in Verbindung. Für die organisierten Arbeiter der Werke wird diese Meldung kaum eine Überraschung bedeuten; schon lange ist sie darüber informiert, daß die Firma sich darauf einrichtet, mit allen dringenden Arbeiten zum Beginn des Sommers im reinen zu sein. Auch auf die Wassregel selbst sind die organisierten Arbeiter genügend vorbereitet. Wer die erste Zeche zieht, wenn es zum Umladen kommt, das werden aber jedenfalls die unorganisierten Arbeiter sein. Sie werden das Kampf sein, und man wird sagen müssen, daß sie sozialistischen Verbänden haben es an Agitation zum Einlassen.

Flensburg. Vor 2 Jahren wurde in Flensburg ein junges Mädchen ermordet. Vom Täter fehlt sich der Verdacht, daß er den Herbergswirt Lange in Viersenbrück mit einer Seltersflasche am Kopf verlegt und dadurch seinen Tod verursacht hatte. Vater soll sich dadurch verdächtig gemacht haben, daß er gegen einen Mitgefangenen auffallende Bemerkungen über den Flensburger Mord, dessen Einzelheiten und nähere Umstände ihm genau bekannt sind, gemacht hat. Er hat seinem Mitgefangenen scheinbar gesagt, er habe sich unter falschem Namen abtreten lassen, er heiße in Wirklichkeit Janzen. Auf die Ergreifung des Mörders waren seinerzeit 1300 Mark Belohnung ausgesetzt worden. Die Untersuchung ist eingeleitet.

Nostock. Die Lohnbewegung der Holzarbeiter ist insofern in ein anderes Stadium getreten, als die Arbeit nicht wieder aufgenommen, während in einigen Betrieben weitergearbeitet wird, da man dort die keineswegs hohen Forderungen der Arbeiter bewilligte. Nächste Woche werden auch die noch im Kundigungsvorlauf stehenden Arbeiter die Arbeit einstellen, wenn bis dahin die Arbeitgeber nicht bewilligen. Mehrere ledige Kollegen nahmen bereits von Nostock Abschied. Die Streikenden wählen in einer Versammlung am Montag, in der Bericht erstattet wurde, ein Streikkomitee, das seinen Sitz bei Kleinert, Beguinenberg, haben soll. Wie hierzu noch verlautet, soll eine mündliche Verhandlung zwischen Arbeitern und Arbeitgebern in den nächsten Tagen bereits stattfinden. Gefordert wird eine wöchentliche Arbeitszeit von 59 Stunden und im Durchschnitt 45 Pf. Stundenlohn. Die Arbeitszeit ist in den meisten deutschen Städten niedriger, wie auch der Lohn von den Meistern gezahlt werden kann.

Lehe. Über die Sturmflut in den Unterwasserorten gehen dem Boesmannschen Telegraphen-Bureau folgende Telegramme zu: Die Katastrophe ist dadurch entstanden, daß die Geeste über den Deich getreten ist und die Küstenscheidesteinfabrik, die auf diesem Deiche errichtet ist, sich wahrscheinlich gesenkt hat. Das Wasser ist um 2 Uhr nachmittags über die Ufer getreten und hat mit raschender Gewalt die Hafenseite und vier angrenzende Straßen überschwemmt. Sämtliche Keller und Geschäftslokale stehen voll Wasser. In den Wohnungen wurden unbeschreibliche Vermüllungen angerichtet. Der Schaden wird schon jetzt auf mehrere hunderttausend Mark geschätzt. Die Aufregung in der Stadt ist außerordentlich groß, da man nicht weiß, ob Schadensersatzansprüche zu gewörtigen sind. Auch in Wulfendorf bei Geestemünde wurde außerordentlich großer Schaden angerichtet. Viele Schweine und Biegen sind in den Fluten umgekommen. Die Küste stand bis zum Kopfe im Wasser. Viele Personen sind in ihren Betten von den Wellen umspült worden. Zahlreiche Häuser wurden von ihren Verbindungen mit der Straße abgeschnitten. Das Land bildet einen großen See vom Fischereihafen in Geestemünde bis weit ins Land hinein. Der Schaden in Geestemünde und Bremerhaven ist nur gering.

r. Oldenburg. Zur Reichstagskandidatur. Wie schon berichtet, wurde vor kurzem der Regierungs-Assessor Thorade als liberaler Reichstagskandidat trotz Widerspruchs der hiesigen Nationalsozialen, von der freien Wählerpartei aufgestellt. Der Kandidat schreibt folgendes:

Als mir vor einiger Zeit nahe gelegt wurde, für den hiesigen Wahlkreis zum Reichstag zu kandidieren, weil meine politischen Anschaulungen geeignet seien, die Gegenseite im liberalen Lager zu überreden, habe ich nach längerem Bedenken geglaubt, die Kandidatur nicht ausschlagen zu dürfen; trotz des Widerspruchs hiesiger Nationalsozialer. Nachdem ich nun mehr gegeben habe, daß eine Einigung der Liberalen auf meine Kandidatur ausgeschlossen ist, trete ich von derselben hiermit zurück.

E. Thorade. Wie weiter verlautet, soll eine Kommission bestehend aus neun Mitgliedern sich jetzt auf eine weitere Sitzung nach einem Einigungslandtag befinden. Bei Glück kann man Anschein nach hat man die beiden Fürstentümer abstimmen nicht auf der Rechnung, sondern man glaubt, von Olden-

## Lübeck und Nachbargebiete.

Mittwoch, den 14. März 1906.

Zugang nach den Möbelfabriken von Hinze u. Stech, Demuth u. Co., Gebr. Wasserstradt und H. Hess ist seitens der Möbelfabrikanten, Drechsler, Maschinen- und Hülfsarbeiter streng fernzuhalten.

Zugang von Werkarbeitern nach Rostock ist fernzuhalten, da 1600 Arbeiter der Neptune-Werft abgesperrt

sind. Ein kampfeslustiger Herr scheint der Zimmermeister Schwarzkopf zu sein. Vor einigen Tagen feierte der St. Lorenz-Verein sein 25jähriges Stiftungsfest.

bung aus die Sache erlebigen zu können. Wir können nicht annehmen, daß sich die Liberalen in den Hörsälen wie Schulbuben behandeln lassen.

**Nordenham.** Sturmflut. Eine beispiellose Hochwasser hier in der Nacht zum Dienstag zu verzeichnen. Die Welle ist in Einkwartat den hat durch die Sturmflut große Schäden genommen. Die Werftgebäude sind größtenteils weggerissen.

### Stadthallen-Theater.

**Maria Stuart.** Erstes Gastspiel von Maria D'ospicio. Auch auf Lübecker Bühnen war Maria D'ospicio schon kein Fremdling mehr. Wohl manchen unserer Theaterfreunde ist ihr Gastspiel in Geyses hart umstrittenen Schauspiel "Maria von Magdalena", das vor einigen Jahren hier Aufsehen erregte, noch in bester Erinnerung. Und dieser hervorragenden Künstlerin schloß sich ihre "Maria Stuart" gestern auf würdigste an, wie die Künstlerin den schillernden Charakter der Schottenkönigin wieder spiegelte und ihm unsere tiefe Sympathie zu gewinnen wußte. Graf als Anwalt ihrer Sache, von schlagender Dialektik in der berühmten Unterredung mit Burleigh; fortwährend und doch jeder Zoll überlegene Würde ausstrahlend in der gewaltigen Szene mit Elisabeth; erschütternd sieghaft auch im Untergange — es war ein Erleben dieser wunderbaren Rolle von unbeschreiblicher Wirkung. Man wußte nicht, sollte man mehr der grandiosen Treffsicherheit des Aufführungsvermögens oder der vollendeten Gestaltungsfähigkeit, die das sonore Organ und den Körper so souverän beherrschte, seine Anerkennung zollen. jedenfalls fühlte man sich, wie ja auch der lebhafte Beifall des Publikums bewies, der spontan sogar einige Male bei offener Szene ausbrach, im

Banne begnadeter Künstlerschaft. — Natürlich hatten unsere einheimischen Kräfte diesem Gaste gegenüber einen schweren Stand; trotzdem wußten sie sich, wenn man etwa Fil. Schmidt ausnehmen will, die mit Recht als Elisaheb von sich sagen durfte: "Bin ich zur Herrscherin doch nicht gemacht", recht wacker zu behaupten. Herr Jacoby charakterisierte den Leicester mit scharfen Strichen. Der Moratorium des Herrn Voeller war recht annehmbar, wenn auch hin und wieder noch etwas glühende Farben hätten aufgetragen werden können. Durchaus anerkannterwert war der Burleigh des Herrn Brandt. Herr Spamer gab den Schwerinburg recht sympathisch, und Herr Lüttichau als Paulet wie Fil. König als Kennedy stellten sich aufzieldend dem Gesamtkunstwerk ein. Ebenso verdient die szenische Leitung des Herrn Jacoby ein rundes Lob.

# Eröffnung unserer Filiale Holstenstr. 16.

Anlässlich der Eröffnung empfehlen als ganz besonders billig so lange Vorrat:

### Emaille-Geschirre.

Schmortöpfe . . . . .	1.10 M.	85, 70, 55 Pf.
Toekessel . . . . .	1.85, 1.50, 1.20, 1.00 M.	
Kasserollen . . . . .	70, 55, 40, 30 M.	
Pfannen . . . . .	55, 45, 35, 25 M.	
Schüsseln . . . . .	36, 30, 22, 20 M.	

### Haushaltungs-Artikel.

Selbenbüren, groß . . . . .	12 Pf.
Haarbüsen, schwarz . . . . .	1.40 M.
Verz. Eimer, groß . . . . .	90 Pf.
Küchenwagen . . . . .	2.90, 2.75 M.
Küchenlampen . . . . .	50, 45, 35 Pf.

### Porzellan und Steingut.

Tassen, bunt . . . . .	Paar 28, 22, 17 Pf.
Teller, Goldrand . . . . .	35, 28, 17 Pf.
Kaffeeservice, feinig, elegant . . . . .	4.15 M.
Waschgeschirre . . . . .	12,- bis 1.75 M.
Vorratstonnen . . . . .	6 Stück nur 3.85 M.

Bitte Fenster beachten!

Neu! Gesundheits-Emaille!

Bitte Fenster beachten!

## Holstenstr. 16. Frankenthal & Co. Breitestr. 37.

16 Holstenstrasse 16.

### © Tadellos schmeckt das edle Kieler Schloß-Bier. ©

Betreter: Carl Grimm, Lübeck, Rosenstraße 10. Fernsprecher 1811.

Montag abend 8 Uhr starb nach kurzer schwerer Krankheit meine innigst geliebte Frau, Tochter, Schwester, Schwägerin und Schwiegertochter

**Auguste Ebert,**

geb. Kollenpark

im 23. Lebensjahr. Tief betrügt von den Hinterbliebenen. J. Ebert.  
Die Beerdigung findet am Donnerstag nachmittag 3<sup>rd</sup> Uhr vom Sterbehause aus statt.

Zum 1. April freundl. Wohnung  
für 180 M. jährlich zu vermieten  
Schützenstraße 44.

Eine freundl. Stube mit hell. Küche  
zu vermieten Lindenstraße 63a

Zu vermieten ein hübsch möbl. Zimmer  
und ein sehr gutes Logis für 1 oder 2 Mann  
Dornestraße 23, II.  
in der Nähe des Maria-Theaters.

Zu verm. möbl. od. leerer Zimmer  
Schmiedestraße 6.

Braupaar sucht zum 1. Juli eine zweit-  
oder Dreizimmerwohnung, Holstentor be-  
vorzugt.  
Ang. mit Preisang. u. B.J. an die Exp. d. St.

Gef. 1 Schuhmacher auf, dem hause  
zu sofort Westhoffstraße 88

Gesucht junge Mädchen zur gründlichen  
Erlerung der Damen-Schneiderei nach  
dem neuesten (praktischen) System.  
Wilhelmine Westphal, Altonaerstr. 32, II.

**Sofort ein junges Mädchen**  
als Früge Glashüttenweg 6.

Zu kaufen gesucht ein unterhalter  
moderner Kinderwagen mit Gummireifen.  
Off. mit Preisang. u. Z. 01 an die Exp. d.  
St. erkennen.

**Fotzungshälber** hübsche Taschengarnitur  
und Taschentuch  
ihres Zeitzeug billig  
Breitestraße 31, II.

Zu verkaufen Taschengarnitur, Sosa,  
Zucker, Zeppich, Vertikow, Bettstelle und  
Gederbett

Breitestraße 31, II.

**Ein noch guter, heller Kinderwag.**  
für 3 M. zu verkaufen  
Schützenstraße 54 b, II.

**2 fß. Sportkarre mit Gummireifen**  
Kinderwagen und Schild billig zu verkaufen  
Lindenstraße 55, I.

**Ein w. Nachlosen und ein eiserner**  
Ofen, Kinderbettstelle billig zu verkaufen  
ca. Lohberg 19

**Ein fast neues Fahrrad zu verk.**  
Krimstraße 25

Zu verkaufen eine Art. Hacke, 8 Teile  
und eine Schläge

Breitestraße 2.

**Falter-Bücher 15-16, 100 D.D.**  
und zu verkaufen bei  
Kümmermann W. Ewers, Renaßfeld.

Berantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. — Verleger: Theodor Schwarz. — Druck: Friedr. Meyer & Co. — Sämtliche in Lübeck.

### Land-Wurst

groß und klein

(tadellos im Geschmack)

empfiehlt Th. Storm, Königstraße 98. Fernsprecher 473.

### ff. Corned beef

sowie ff. Rauchfleisch

als Aufschnitt empfiehlt

Fernsprecher 473. Th. Storm, Königstraße 98.

### Wer

seine Wäsche schonen will  
gebrauche

### Dr. Thompson's Seidenpulver.

Marke Schwan

Zu haben in allen besseren Geschäften.

**Verloren** ein Mitgliedsbuch des Metallarbeiter-Verbandes, auf den Namen Maijols lautend Abzugeben  
Lütjenstraße 19

**Gefunden** in der Garderobe des "Vereins-

haus" am Montag abend eine  
Halskette mit Medaillon. Abzuholen  
Vereinshaus, Johannisstr. 50 52.

Wache hiermit jedem bekannt, daß ich nicht  
für die Schulden meines Mannes hafté.  
Wilhelmine Westphal,  
Fischstraße 32, part.

Mit  
Wochenraten  
von 1 Mark  
an

### Konfirmanden-

Anzüge, Paletots, Blusen, Kost.,  
Röcke, Jackets, Kleiderstücke.

### Ohne Anzahlung

für alte Kunden, die ihr Konto beglichen  
haben.

Jeder Konfirmand erhält 1 Hut gratis.

**S. Sachs**

Hüxstraße 41.

Um Sonntag den 11. März ein Paar ver-

tauscht in der Hansa-Halle. Untenach  
J. Oldkop, Fadenburg.

3 schöne Kaninchenfüße zu verk.

Schwarmer Mee 186.

Sehr schöne

geräucherte Wettwurst

PFUND 1 Mark, empfiehlt

Fr. Karstens, Bülowstraße 6.

Partie gut abgelagerte

100 St. 2,90 u. 3,50

Mit. Johannisstraße 17/19.

### Georg Behnck

— Surg-Magazin —

leichenwäsche.

Warendorpstr. 4.

### Max Kegel's

Sozialdemokratisches

Liederbuch.

Reneise Aufsage.

Preis 40 Pf.

Preis 40 Pf.

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.

### Spirituosen-

### Kleinverkauf

**W. Hempel**

Hansastraße 33a.

Sämtl. Sorten Weine u. Spirituosen.

**Grimm's**

feinst. Doppelkummel, Kummesser,  
Buntekuh-Kummel  
empfiehlt zu billigsten Preisen.

**Carl Grimm**

Wein- u. Spirituosenhandlung,  
Rosenstraße 10. Fernruf 1811.

Täglich frisches Ratzeburger

### Kommisbrot

Schwarz- und Feinbrot.

Auf Wunsch frei ins Hause.

W. Kelling vrm. H. Holst. Negdienstr. 48.

**Welt-Restaurant**

(früher Tivoli)

Sonnabend und Sonntag

übersättigtes Haus,

das ist die beste

Sonntag gibt's 'ne neue Kiste.

**Reklame.**

**Hansa-Theater**

10 11 12 1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 11 12 13 14 15 16 17 18 19 20 21 22 23 24 25 26 27 28 29 30 31 32 33 34 35 36 37 38 39 40 41 42 43 44 45 46 47 48 49 50 51 52 53 54 55 56 57 58 59 60 61 62 63 64 65 66 67 68 69 70 71 72 73 74 75 76 77 78 79 80 81 82 83 84 85 86 87 88 89 90 91 92 93 94 95 96 97 98 99 100 101 102 103 104 105 106 107 108 109 110 111 112 113 114 115 116 117 118 119 120 121 122 123 124 125 126 127 128 129 130 131 132 133 134 135 136 1

# Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 62

Donnerstag, den 15. März 1866.

13. Jahrgang.

## Sozialpolitisches und Parallelen.

Aus dem innen- und ausländischen Gewerkschaftsleben. Die Differenzen in der Gesellschaft des „Vorwärts“ in Stettin sind durch Vergleich beigelegt. — Wegen Nichtbewilligung ihrer Forderungen legten die Metallarbeiter, Schlosser, Dreher, Klempner in der Guimard-Kompanie in Lüneburg bei Hannover die Arbeit nieder. — Die ausländigen Metallarbeiter des Maschinenwerks auf dem Eisenhüttenbau in Thale a. H. haben die Arbeit wieder aufgenommen, ohne etwas erzielt zu haben. — Auf den Schlesischen Kohlen- und Holzwerken in Gottesberg ist, nachdem man die beschleunigten Fortdauern der Arbeiter abgelehnt, ein Streik ausbrochen. Es kommen über 3000 Mann in Aktion. — Der Streik in der Magazinschmiede ist von Befolkt und Ende in München bei sich immer weiter aus. Von 84 Kollegen, die gelöhnigt hatten, sind weitere gefolgt, die sich weiteren Streikarbeiten zu machen. Andere kommen nicht weiter in Kontakt darüber, weil sie direkt von der Monteur, die aussämtlich sind, abhängig sind. Die Zahl der Streikenden beträgt jetzt 111. Sie töten gebeten, Zugzug herzuholen. — Die Verhandlungen der Schmiede gehen und Meister in München sind gestrichen, und der Streik ist ausgedrohen. Hieron haben die Schmiede zu werden. — Die Eisenbahnpioniere der London-Guidewest-Eisenbahn steuern in Bournebank, Eastleigh, und an anderen Orten. Sie lassen wegen Heraufzehrung der Löhne die Lokomotiven urtpfen. — Aus New York wird gemeldet: Der Ausschuss der Kohlenbergwerksbesitzer lehnte die Forderung der vereinigten Bergarbeiter auf Wiederherstellung der früheren Löhne und eine Besserstellung der Lage der Arbeiter in der Anthrazit-Jubiläum ab.

**Das war voranzusehen.** Der Bezirkspresident des Ober-Großherzogtums Sachsen-Anhalt, den freien Gemeinden und Städten, den freien Arbeitern und städtischen Unterstützung zu gewähren. — Hier handelt es sich ja auch um Arbeiter, nicht um Angehörige der „oberen Beamtenschaft“.

**Internationale Arbeiterschaftskonferenz.** Gemäß den Beschlüssen der Berliner Arbeiterschaftskonferenz im vorherigen Jahr soll in diesem Mai die internationale diplomatische Arbeiterschaftskonferenz zusammentreten, um die Vertragstexte betreffend die Nacharbeit der Frauen und die Verwendung des gelben Phosphors in Staatsverträgen umzuwandeln. Auf die Einladung des schweizerischen Bundesrates hat die grossbritannische Regierung immer noch nicht geantwortet; doch erwartet man aus London eine zustimmende Antwort. Nach dem Eintritt in die Abhaltung der Konferenz nichts mehr im Wege.

**Der Arbeiterkampf in Königsberg** ist durch einen Bericht, dem eine Vorstandserfügung der Fosse, wie eine Versammlung des Vereins Königsberger Arbeiter zugestimmt haben, bestätigt worden.

**Gesetzlicher Schutz gegen Streikbrecher in England.** Wie aus London vom 9. März gemeldet wird, bestätigte die Arbeiterschaft einen Gesetzentwurf einzubringen, durch den ausländischen Arbeitern die Bandung in England untersagt werden soll, wenn sie zum Erzähler freier Arbeiter entreten wollen!

**Gewerkschaftsklassen und Politik in England.** Die vielfach umstrittene Frage, ob es gerecht sei, die Abgaben für parlamentarische Arbeitervertretung aus den Gewerkschaftskassen zu defensivieren, wurde Sonnabend vom Richter Owen in Cardiff entschieden. Der Voraussetzung der Bergleute in Südwales beschloß im Jahre 1901 mit Zweidrittelmeiheit, eine Extraabgabe von einer Mark jährlich für politische Zwecke zu erheben. Ein Verbundsmittel, das von sovielen Zwecken nichts wissen will, würde sich im vorigen Jahre an das Gericht mit dem Ersuchen, die Erhöhung einer

solchen Steuer als ungerecht zu erklären, da Gewerkschafts- wesen und Politik nichts mit einander zu tun hätten. Er meinte, politische Arbeitervertretung sei im Gewerkschafts- gesetz nicht vorgesehen; die Sätzeungen der Gewerkschaften müssten deshalb derartige Beschlüsse nicht enthalten. Die gerichtliche Verhandlung fand vor zwei Wochen statt, aber der Richter erbat sich einige Zeit, die einschlägigen Gesetze und Urteile genauer durchsehen zu können, da der Prozeß eine große politische Bedeutung habe. Der Richter gab sein Urteil dahin, daß die Klage abgewiesen werden müsse, denn die politische Förderung der Gewerkschaftsinteressen verstöre nicht gegen das Gesetz.

In die Redaktion der Magdeburger Volksstimme tritt demnächst der Genossen Kiepkeohl ein, zuletzt Vorsteher des Verbands der Handschuhmacher. Er hat seine Stellung im Handschuhmacherverband bereits gekündigt, wie in der Fachzeitung bekannt gemacht wird. — Die unzähligen Angriffe, die ihm nach Bekanntgabe des verdeckten Streiks von der Mitgliedschaft Halberstadt geworfen worden sind — diese halten sogar einen Ausschlag vor, gegen ihn gestellt — blühen ihn in seinem Besitz, bis Polizei aufzugeben, wortlich bestürzt haben, obgleich die Mitgliedschaft Halberstadt von anderen Verbandsstädten trennunglos blieb und die von ihr erhobenen Vorwürfe sich als völlig ungerechtfertigt erwiesen.

**Aus der Berliner Parteibewegung.** In den sechs Wahlkreisen fanden vorige Woche gleichzeitig Versammlungen statt, die das für alle Berliner Wahlkreise gemeinsame Statut erörterten. Da das Statut bereits von einer Kommission vollständig durchgearbeitet und ausgearbeitet war, wurden nur noch unwesentliche revolutionäre Änderungen beantragt. Der erste Wahlkreis nahm das neue Statut ohne Debatte an. Im zweiten Kreis wurde beschlossen, die Mitglieder zu verpflichten, sich gewerkschaftlich zu organisieren. Erneut beschloß die Versammlung, den Bezirksführern und fortigen Funktionären auf Vereinssachen die „Neue Zeit“ zu liefern. Im dritten Wahlkreis wurde beantragt, als Vereinfunktionäre nur solche Mitglieder zu wählen, die mindestens ein Jahr einer sozialdemokratischen Organisation angehören. Ein Grußantrag forderte, daß diese Mitglieder auch gewerkschaftlich organisiert sein müssen, soweit ihnen dies möglich ist. Die Versammlung bedauert ferner die schwache Vertretung der sozialdemokratischen Fraktion im Reichstag anlässlich der Preußischen Unterpellation. Der vierte Wahlkreis nahm das Statut unverändert an. Im fünften Wahlkreis erörterte man die Frage, ob es nicht angebracht sei, den Mitgliedern des Vereins sozialistisch die direkte Pflicht aufzuerlegen, den „Vorwärts“ zu abonnieren, ein Votrag wurde aber nicht gestellt. Mit Bestürzung nahm man Kenntnis, daß die Vorstandsmitglieder in Zukunft zwei Jahre politisch und gewerkschaftlich organisiert sein müssen. Im sechsten Wahlkreis wurde der Votrag, daß jedes Mitglied die Pflicht habe, den „Vorwärts“ zu abonnieren, angenommen.

**Märzfeier in Wien.** Ungeheure Blätter werden: Sie von der sozialrevolutionären Parteileitung Sonntag nachmittag an den Gräbern der Märtyrer auf dem Centralfriedhof veranstaltete Märzfeier nahm trotz der losen Teilnahme einer ruhigen und würdigen Verlauf. Die Polizei hatte keinerlei Anlaß einzuschreiten.

Der „deutsche Freiheit“ wiedergegeben wurde am 12. März Groß-Kavalier Ernst Schubert in Bielau, der am 13. Juli v. J. wegen Majestätsbeleidigung, die in einem im „Sächs. Volksblatt“ erschienenen kritischen Artikel über die Montignossoziale, bestellt. Die Königin auf dem Schub, erblickt wurde, auf acht Monate des Schloss Osterstein als unscheinbare „Staatsprison“ beziehen mußte.

**Wegen angeblicher Verächtlichkeit von**

Staatsbeamten, begangen in einem von ihr in der „Saxifrage“ veröffentlichten Artikel, ist die Genossin Beyer unter Anklage gestellt worden. — Kannen heutige Staatsbeamten denn überhaupt noch verächtlich gemacht werden?

Über den tödlichen Unfall unseres Gewissens berichtet unser Stuttgarter Parteiblatt: Der Vorsteher des Bahnhofs Stuttgart des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Genosse Bremer, sprang am Sonntag beim Verlassen der Metallarbeiterversammlung auf einen Straßenbahnwagen. Er stürzte und erlitt tödliche Verletzungen. Außer einer schweren Kopfwunde trug er mehrere Rippenbrüche davon. Die Rippen waren ihm in die Lunge gedrungen und hielten diese zerissen. Montag früh ist Genosse Bremer im Katharinenhospital, wohin er geschafft worden war, seinen Besuchungen erlegen. Er hinterließ eine Frau und fünf unversorgte Kinder. Genosse Bremer wurde von seinen Kollegen als sehr gewisserhafter und pflichtsicher Vorsteher sehr geschätzt. Wir verlieren in ihm einen braven Genossen, der jederzeit für seine Überzeugung eingetreten. Seine Arbeit nie geschenkt hat. Er hat ein Alter von 54 Jahren erreicht.

## WIE WEG WEG HELD.

**Auch eine Antwort.** Der Polizeipräsident von Berlin hat auf eine Einigung der Droschkenfahrer um Erhöhung der Droschkenfahrer um abhängig geantwortet, da er nach den Vorwürfen bei der Silberhochzeit geltend habe, daß das Droschkenfahrer auf mehrere 100 000 Mark freiwillig verzichtet habe, sich also nicht in so großer Notlage befände. — Die Droschkenfahrer Berlins werden dem superlugen Herrn Polizeipräsidenten wohl schon die richtige Antwort geben.

Durch Blitzeinschlag wurden in Kolmar (Westpreußen) 3 Steinbüchsen getötet.

Von einem Auto überfahren und getötet. Am Sonntag überfuhr der Centrum abgeordnete Freiherr von Menzingen mit seinem Automobil in einem Ort bei Bremen ein Kind. Das Kind war sofort tot.

**Au Genickstarre verstorben** ist ein Dragoner des 4. Dragoner Regiments in Lüben. Dieses ist der dritte Todesfall an Genickstarre in dem Regiment.

**Eine Ordnungsstufe.** Laut einer Meldung der „Gutbacher Zeit.“ ist der Richter des Sparassenvereins, Hettlinger, am 11. März unter der Anschuldigung, 150 000 Mark unterschlagen zu haben, verhaftet worden.

**Im Wahn.** Aus Dortmund wird gemeldet: In der Nacht zum Sonntag wurde die in der hiesigen Feuerwache 18 wohnende Witwe Kärtner plötzlich irrechnig. Sie warf ihre 3 Jahre alte Tochter aus dem Fenster ihrer im dritten Stock befindlichen Wohnung auf den Hof, wo das Kind auf einer Steinplatte aufschlug. Der schnell herbeigerushene Arzt konnte nur noch den Tod des Kindes konstatieren. Nach der Tot ergriff die Frau ihr junges, dreijähriges Kind und setzte mit ihm aus dem Hause, wurde jedoch von Unternern, die den furchtbaren Schrei und das Aufschlagen des Kindes auf den Stein gehört hatten und herbeigeeilt waren, verfolgt und eingeholt. Es kam nach harten Kampfen, wobei die irrechnige Frau äußerte, daß dieses Kind auch sterben sollte, konnte der Süßling in Sicherheit gebracht und der Polizei übergeben werden.

**Ein hochkomischer Skandal.** Kurzlich eröffnete es im Verein für die bergbaulichen Interessen des Dortmundschen Oberbergamtsbezirks und nun ist auch, wie schon kurz gemeldet, im Bochumer Ullgemeinen Knappenhofverein bitterer Hafer zwischen seinen Leuten ausgebrochen. Nach der Dienstantrittsfeier unterhielten die Direktoren des Knappenhofvereins der Beaufsichtigung durch den Vorsteher, der zötigenfalls Wollungen, Mahnungen und Rügen

## Sybil.

Sozialpolitischer Roman von Disraeli.  
Übersetzt von Natalie Liebnecht.

96. Fortsetzung.

„Es erhebt hieraus, daß ihr Vater es noch nicht für angezeigt gehalten, oder noch keine Gelegenheit gehabt hatte, Sybil die geistige Zusammenkunft zu erklären. Egremont war auch Herr Franklin. Das war fatal. Egremont wäre es angemahnt gewesen, wenn ihm das Peinliche und Widerrücktige des Geständnisses erwartet worden wäre. Doch das Geständnis mußte gemacht werden, nur nicht mit unnötiger Hößlichkeit. Und so drückte er dann nur sein Entzücken aus über das unerwartete Glück, ihr hier begegnet zu sein.“

„In der Tat,“ sagte Sybil, „ich kann mir leicht denken, daß Sie erstaunt sein müssten, mich in dieser großen Stadt zu treffen. Aber viele ehrstümliche und unvorhergesehene Dinge haben sich bei uns ereignet, seitdem Sie in London waren. Sie wissen natürlich — Sie verfolgen das alles ja aufmerksam —, daß das Volk sich endlich entschlossen hat, sein eigenes Parlament nach Westminster zu berufen. Das Volk von London hatte zwei Delegierte zum Nationalkongress zu senden und mein Vater ist einer davon. So groß ist das Vertrauen der Arbeiter in ihn, daß kein anderer Ihnen paßt.“

„Es muß ein großes Opfer für ihn gewesen sein, herzulommen,“ bemerkte Egremont.

„Oh, was ist das Opfer in einer solchen Sache,“ rief Sybil aus. „Ja, er brachte große Opfer,“ fuhr sie ernst fort, „große Opfer, und ich bin stolz darauf. Unser Heim, das ein glückliches war, ist verloren; er hat Trafford verlassen, mit denen wir durch viele, viele Bände verbündet waren, und hier umstorte sich ihre Stimme, „und für welche er freudig sein Leben geopfert hätte. Und nun sind wir fort,“

sagte Sybil mit einem Seufzer, „vielleicht für immer. Sie hören mir an, mich zu sich zu nehmen,“ flügte sie voll tiefer Bewegung hinzu. „Hätte ich ein Obdach gebraucht, dann gab es ein anderes, das mich lange erwartet hat, aber ich konnte meinen Vater in einem solchen Augenblick nicht verlassen. Er verlangte nach mir und so bin ich mit ihm in London. Alles, was ich wünsche, wofür ich lebe, ist: ihn in dem großen Kampf zu unterstützen und zu pflegen; ich würde zu Frieden sterben, wenn nur das Volk frei wäre und ein Ge- rade es befreit hätte.“

Egremont überlegte; er mußte die Wahrheit sagen, aber wie peinlich, eine solche Auseinandersetzung auf öffner Straße zu machen. Sollte er Sybil jetzt Adieu sagen und dann schriftlich alles aufzuläutern? Sollte er sie nach Hause begleiten und dann mündlich seine Gedanken? Oder sollte er Sybil seine gesetzige Unterredung mit ihrem Vater erzählen, und die Folgen abwarten, nachdem sie mit ihrem Vater zusammengetroffen? —

Sie waren inzwischen zur Abingdonstraße gelangt.

„Erlauben Sie mir, Sie nach Hause zu begleiten,“ sagte Egremont, als Sybil hier Niene machte, sich von ihm zu verabschieden.

„Mein Vater ist nicht zu Hause; aber ich will nicht versetzen, ihm mitzutellen, daß ich seinem Freunde begegne bin.“

Könnte er sie so verlassen? Unmöglich!

„Sie müssen mir aber wirklich erlauben, Sie zu begleiten.“

„Es ist nicht weit von hier,“ sagte Sybil, „wir wohnen in einem alten Haus, bei freundlichen Leuten, bei dem Bruder einer der Nonnen in London. Der nächste Weg ist durch diese Straße, aber sie ist mit zu belebt; ich habe einen besseren Weg entdeckt!“ Und unter ihrer Führung bog sie in die College-Street ein.

„Wie lange sind Sie in London?“

„Vierzehn Tage. Hier ist man wie in einem großen Ge-

jägnis. Wie sonderbar ist es, daß man in einer so großen Stadt, wie dieser, nicht allein gehen kann.“

„Sie brauchen Harold,“ meinte Egremont. „Wie geht es diesem treuesten aller Freunde?“

„Armer Harold! von ihm mich zu trennen, war auch ein großer Schmerz.“

„Ich fürchte, die Zeit wird Ihnen lang, — so viel allein.“

„Oh nein, es steht so viel auf dem Spiel, so viel ist zu hören, wenn mein Vater zurückkommt. Ich nehme auch sehr viel Interesse an ihren Verhandlungen, und manchmal gehe ich hin, um ihn sprechen zu hören. Keiner von Ihnen kann sich mit ihm vergleichen. Es scheint mir, daß es unmöglich wäre, unsere Forderungen zurückzuweisen, wenn die regierenden Herren sie nur von seinen Lippen hören.“

Egremont lächelte. „Ihr Konvent ist in der Blüte, oder vielleicht, noch in der Knospe,“ sagte er, „Noch eine kurze Zeit, und er wird das Schicksal aller derartigen Versammlungen teilen. Es wird Parteitreffen und Zwiespalt geben.“

„Aber warum?“ entgegnete Sybil. „Es sind die wirklichen Vertreter des Volkes, und alles, was das Volk verlangt, ist Gerechtigkeit. Die Arbeit soll vom Gesetz und von der Gesellschaft ebenso geachtet werden, wie das Eigentum.“

Während sie so sprach, gingen sie durch mehrere füllige Straßen, die eher wie Gassen eines ruhigen Landstädtchens aussahen, als wie Teile der größten Stadt der Welt, in der unmittelbaren Nachbarschaft von Palästen und Parlamenten. Seiten war ein Laden unter den netten kleinen Häusern zu bemerken. Man hörte nicht das Geräusch eines einzigen Rades; oft war kein Mensch sichtbar. Nach einem Umweg durch diesen fülligen und reinlichen Bereich gelangten sie endlich auf einen freien Platz, in dessen Mitte eine große, schwarzförmige gebaute Kirche emporragte. Der Platz war ziemlich geräumig und von ähnlich aussehenden Häusern

